



PROTOKOLL ÜBER DIE EINWOHNERGEMEINDEVERSAMMLUNG

vom 12. Juni 2025 in der Turnhalle Propstei

PROTOKOLL ÜBER DIE EINWOHNERGEMEINDEVERSAMMLUNG

vom 12. Juni 2025 in der Turnhalle Propstei

Vorsitz: Uwe Schewe
Protokoll: Ueli Gantenbein

Traktanden:

1. Protokoll Einwohnergemeindeversammlung vom 21. November 2024
2. Einbürgerungsgesuche
3. Rechenschaftsbericht und Jahresrechnung 2024
4. Verpflichtungskredit Wohnen im Alter; CHF 235'000.-
5. Verpflichtungskredit Friedhofskapelle; CHF 685'000.-
6. Kreditabrechnung öffentliche WC-Anlage St. Blasierhaus
7. Kreditabrechnung Tiefengrabenbach
8. Verschiedenes

Stadtmann Uwe Schewe begrüsst die anwesenden Stimmbürgerinnen und Stimmbürger und entschuldigt Nationalrat Andreas Meier.

Der **Vorsitzende** stellt fest, dass

- die Versammlung fristgerecht eingeladen worden ist;
- die Traktandenliste mit Erläuterungen allen Stimmberechtigten zugestellt worden ist;
- die Versammlungsakten während 14 Tagen in der Stadtkanzlei zur Einsichtnahme aufgelegt haben, und
- alle Stimmberechtigten ihre Stimmrechtsausweise abgegeben haben.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass bei jeder Abstimmung in der Gemeindeversammlung von $\frac{1}{4}$ der anwesenden Stimmberechtigten eine geheime Abstimmung verlangt werden könne. Wenn keine geheime Abstimmung verlangt werde, werde die Abstimmung offen vorgenommen.

Stimmberechtigte laut Stimmregister	2'078
davon 1/5	413
anwesend	107

Die für die abschliessende Beschlussfassung über ein zur Behandlung stehendes Sachgeschäft notwendige Zahl von $\frac{1}{5}$ der Stimmberechtigten wird an der heutigen Gemeindeversammlung nicht erreicht. Alle Beschlüsse, welche an der Gemeindeversammlung gefasst werden, unterstehen dem fakultativen Referendum. Ausgenommen sind die Abstimmungen über die Einbürgerungen. Die Urnenabstimmung über einen Beschluss muss durchgeführt werden, wenn dies von $\frac{1}{10}$ der Stimmberechtigten innerhalb von 30 Tagen seit Publikation verlangt wird.

Stimmenzählende

Brigitte Läuchli-Saladin und Heinz Landös

Informationen aus dem Stadtrat

Sanierung und Erweiterung Schützenmatt

Kuno Schumacher informiert über den Fortschritt des Projekts in der Schützenmatt und zeigt Bilder von den Bauarbeiten. Er erklärt, dass das Projekt terminlich und kostentechnisch im grünen Bereich liegt, trotz einiger Widerstände im Baugrund. Die Aufrichtung sei noch in diesem Jahr geplant.

Er habe dem Stadtrat zudem angeboten, auch nach seiner Demission im Stadtrat weiterhin für das Präsidium der Baukommission zur Verfügung zu stehen.

PV-Anlage Schwimmbad

Kuno Schumacher informiert weiter, dass die PV-Anlage auf dem Schwimmbaddach montiert ist und seit letztem Freitag Strom produziere.

Kindergarten Gäntert

Die Planerausschreibungen für die Sanierung des Kindergartens 1+2 laufen zurzeit. Man habe vier Angebote erhalten, die man nun auswerte, erklärt Kuno Schumacher. Ziel sei es, die Planung bis im Herbst abgeschlossen zu haben, damit der Baukredit an der Wintergemeindeversammlung beantragt werden kann.

Obermatte

An der letzten Sommergemeindeversammlung informierte Kuno Schumacher, dass der Stadtrat in der Obermatte eine Begehung mit der Eidgenössischen Natur- und Heimatschutzkommission hatte. Der Bericht zu dieser Begehung wurde für letzten Herbst versprochen. Daraus sei Februar geworden, dann April und schlussendlich liege bis heute kein Bericht vor. Man werde informieren, sobald der Bericht vorliegt.

Fussballplatz

Kuno Schumacher erklärt, dass gegen das Baugesuch des Fussballclubs einige Einwendungen eingegangen sind. Das Baugesuch sei in der Folge nachgebessert worden und nun könne, sofern der Kanton zustimmt, die Baubewilligung erteilt werden.

Kiesabbau

Oliver Brun erklärt, dass der Kiesabbau im letzten Spätsommer begonnen hat. Es wurden verschiedene Flächen abgedeckt: 8'000 m² am Installationsplatz und 17'700 m² im Norden bei der Kiesgrube. Zudem sei eine Transportpiste am Rand des Abbauperimeters erstellt worden. Der Abbau habe in der Nordostecke begonnen, da dort die geringste Abbautiefe erwartet worden sei und kein Moränenmaterial vorhanden sein sollte. Trotz umfangreicher geologischer Untersuchungen habe man mehr und grössere Nagefluhbänke als erwartet angetroffen, was dazu geführt habe, dass der Abbau kurzfristig gestoppt werden musste. Das nicht verwertbare Material dürfe trotzdem abgeführt werden, damit die Ortsbürger die Entschädigung für die Wiederauffüllung erhalten. Für den Herbst dieses Jahres sei geplant, die nächste Etappe weiter südlich der Hochspannungsleitung abzudecken.

Informationsveranstaltung zur ARA

Oliver Brun informiert, dass im Herbst eine Informationsveranstaltung bezüglich Erneuerung und Erweiterung der ARA geplant sei.

Areal Traubenweg / Wisstrotteweg

Uwe Schewe teilt mit, dass der Stadtrat einen Vorentscheid zur Überbauung der KMP zwischen Traubenweg und Wisstrotteweg verabschiedet hat. Gegen diesen Vorentscheid seien in der Zwischenzeit Beschwerden beim Kanton eingegangen, welche noch hängig sind. Der Stadtrat werde zu gegebener Zeit wieder informieren.

Stammtisch

Uwe Schewe lädt die Anwesenden zum 4. Stammtisch mit dem Stadtrat am 23. Oktober 2025 ein.

1. Protokoll Einwohnergemeindeversammlung vom 21. November 2024

Das Protokoll der Einwohnergemeindeversammlung vom 21. November 2024 hat während der Auflagefrist auf der Stadtkanzlei aufgelegt und war auf der Website der Stadt Klingnau als Dokument einseh- und herunterladbar gewesen.

Diskussion:

Die eingeräumte Diskussionsgelegenheit wird nicht beansprucht.

Antrag:

Das Protokoll der Einwohnergemeindeversammlung vom 21. November 2024 sei zu genehmigen.

Abstimmung:

Das Protokoll wird mit grossem Mehr ohne Gegenstimme genehmigt.

2. Einbürgerungsgesuche

Nicole Iten informiert über die Einbürgerungsgesuche in Klingnau und stellt die Bewerber vor. Sie erklärt, dass alle Personen gut integriert sind und die formellen Vorgaben erfüllt haben.

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

3. Rechenschaftsbericht und Jahresrechnung 2024

Stadtrat Daniel Kramer stellt die Jahresrechnung und den Rechenschaftsbericht gemäss den Auflageakten vor. Er erklärt, dass der betriebliche Aufwand CHF 17,52 Millionen betrug, während der betriebliche Ertrag bei CHF 17,45 Millionen lag, was einen Verlust von CHF 68'000 aus betrieblicher Tätigkeit ergibt. Mit dem Ergebnis aus der Finanzierung und dem ausserordentlichen Ergebnis, hauptsächlich aus den Aufwertungsreserven, erzielte man einen Gesamtgewinn von CHF 474'000. Er erklärt, dass das Budget einen Verlust von CHF 279'090 vorsah. Er begründet das bessere Ergebnis mit höheren Steuereinnahmen von CHF 479'000, tieferen Personalaufwänden von CHF 157'000 und Einsparungen bei den Sach- und Betriebsaufwendungen von CHF 198'000. Dies trotz höherer Transferaufwände und kleineren Transferträge.

Bericht der Finanzkommission:

Raphael Haefeli, Präsident der Finanzkommission, liest den Bericht der Finanzkommission vor:

Die Finanzkommission hat die Buchführung und Jahresrechnung 2024 im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen geprüft. Für den Inhalt und das Ergebnis der Jahresrechnung ist der Stadtrat verantwortlich. Der Auftrag der Finanzkommission besteht darin, die Jahresrechnung zu prüfen und zu beurteilen. Man hat die Jahresrechnung sowie die Detailkonten etc. auf Basis von Stichproben geprüft. Ferner wird die Anwendung der massgebenden Haushaltsgrundsätze, den wesentlichen Bewertungsrichtlinien sowie die Darstellung der Jahresrechnung als Ganzes überprüft. Das Prüfungsurteil berücksichtigt zudem das Ergebnis der externen Bilanzrevision. Aufgrund der Überprüfung bestätigt die Finanzkommission, dass die Buchhaltung sauber und übersichtlich geführt ist, die Investitionsrechnung und die Bilanz mit der Buchhaltung übereinstimmen und die Darstellung der Vermögensanlagen und der Jahresrechnung den gesetzlichen Bestimmungen entsprechen. Die Finanzkommission empfiehlt, die Jahresrechnung zu genehmigen.

Diskussion:

Die Diskussion wird nicht gewünscht.

Antrag:

Vom Rechenschaftsbericht 2024 sei Kenntnis zu nehmen.
Die Jahresrechnung 2024 sei zu genehmigen.

Abstimmung:

Der Rechenschaftsbericht 2024 wird zur Kenntnis genommen. Die Jahresrechnung 2024 mit grossem Mehr ohne Gegenstimme genehmigt.

4. Verpflichtungskredit Wohnen im Alter; CHF 235'000.-

Stadtrat Kuno Schumacher erläutert die Vorlage gemäss den Auflageakten. Er erklärt, dass in Klingnau ein Angebot für Wohnraum für ältere Menschen fehlt und viele Bürgerinnen und Bürger entweder in ihrem Einfamilienhaus bleiben oder in eine Nachbargemeinde ausweichen müssen. Der Stadtrat und die Altersstiftung Klingnau wollen diese Angebotslücke schon lange schliessen und möchten nun zwei Areale, Langmatte und Gäntert, entwickeln. Er erklärt, dass im Areal Langmatte hauptsächlich Kleinwohnungen für ältere Menschen geplant sind, während im Areal Gäntert Mehrgenerationenwohnungen, jedoch primär für Ehepaare ab 65 Jahren, vorgesehen sind.

Diskussion:

Raphael Haefeli findet es grundsätzlich löblich, dass der Stadtrat das Wohnen im Alter fördern möchte. Er sei jedoch der Meinung, dass der Wohnungsbau keine Aufgabe der Gemeinde sei, sondern man solle dies der Privatwirtschaft überlassen. Er empfiehlt daher den Antrag zur Ablehnung.

Kuno Schumacher entgegnet zustimmend, dass es zwar keine Kernaufgabe der Gemeinde sei, Wohnraum zu bauen, jedoch sei es die Aufgabe der öffentlichen Hand, das Projekt zu initiieren. Wie die Finanzierung und Realisierung schlussendlich aussehe, sei noch offen. Eine Selbstfinanzierung sei in der heutigen Situation attraktiv. Auch die Abgabe im Baurecht oder eine Genossenschaftslösung sei denkbar. Die Kreditkosten seien in allen Fällen schnell wieder eingefahren.

Wenn der Stadtrat die Planung selbst in die Hand nehme, könne sichergestellt werden, dass qualitativ hochwertig gebaut werde und nicht einfach ein Renditeobjekt entstehe.

Margrit Anner wohnt oberhalb der Langmatte. Sie begrüsst grundsätzlich den Bau von Alterswohnungen, da das Angebot in der Region sehr klein ist. Es störe sie jedoch, dass die Parzelle 1360 nicht im Besitz der Einwohnergemeinde ist. Sie erkundigt sich, ob diese Parzelle erworben werden könne. Ansonsten mache es für sie keinen Sinn, das Projekt zu starten.

Kuno Schumacher erklärt, dass die Parzelle 1360 in Besitz der Erbgemeinschaft Joseph Senn sei und man bereits Kontakt aufgenommen habe, um diese zu erwerben und in eine Gesamtüberbauung zu integrieren. Er erklärt, dass das Projekt auch ohne diese Parzelle realisiert werden könne.

Jan Dietsche informiert über einen unterirdischen Bach, der durch die Parzelle der Langmatte verläuft und fragt, ob bereits Abklärungen getroffen wurden, wie nah man an diesen bauen dürfe. Er meint, dass es mit einem Mindestabstand von 6 bis 8 Metern auf beiden Seiten schwierig werde, 20 Wohnungen zu realisieren.

Kuno Schumacher antwortet, dass ein Rinnsal vom Liebefels, durch das Gebiet fliesst. Er informiert, dass dieses ab dem Haldenweg eingedolt sei und als Mischabwasserleitung gelte. Somit müssten keine Abstandsregeln beachtet werden.

Jan Dietsche entgegnet, dass diese Sichtweise von der des Kantons abweiche und man der Sache daher noch einmal nachgehen sollte.

Kuno Schumacher verspricht, dass dies abgeklärt werde.

Georg Nef erklärt, dass er nicht gegen Alterswohnungen oder Golden Ager sei. Er betont, dass es wichtig sei, dass die älteren Steuerzahler in der Gemeinde bleiben können. Er stimmt Raphael Haefeli zu, dass man den Prozess so kostengünstig wie möglich gestalten solle. Er kenne ein Projekt der Gemeinde Hausen, die ähnliche Kriterien, wie Wohnungsgrösse, Ökologie, Mietpreis etc., in einem normalen Veräusserungsverfahren ausgeschrieben hat. Die Gemeinde habe dann einen Anbieter ausgewählt und das Land zur Verfügung gestellt, wobei die Kosten für die Betreuung nur etwa CHF 20'000 betrug.

Er warnt zudem davor, dass eine Million Mieteinnahmen zwar attraktiv wirke, jedoch auch Verwaltung, Unterhalt und viele Investorenentscheide bedeuten, wofür die Gemeinde nicht ausgerichtet sei. Daher rät er dazu, Nein zu sagen.

Kuno Schumacher meint, dass die Selbstfinanzierung noch nicht feststehe und nur als Option betrachtet werde. Er erklärt, dass Genossenschaftsmodelle wie in Schneisingen oder Lengnau im Vordergrund stehen. Die Selbstfinanzierung könne jedoch eine interessante Option für die Stimmbürger sein.

Er ist der Meinung, dass wenn man sich schon sehr früh auf einen Anbieter beschränke, spiele bei den anschliessenden Vergaben der Wettbewerb nicht mehr wie gewünscht. Man wolle daher zuerst das beste Projekt ausarbeiten lassen und anschliessend die verschiedenen Arbeiten vergeben. So könne man die Mehrausgaben für die Planung refinanzieren.

Herbert Neuhaus ist der Meinung, dass Mietwohnungen nicht genügend attraktiv seien. Man möchte nach dem Hausverkauf lieber wieder etwas kaufen, als Miete zu bezahlen. Deshalb solle der Stadtrat den Fokus eher auf Eigentumswohnungen legen.

Kuno Schumacher entgegnet, man müsse das Haus nicht verkaufen, sondern könne es auch vermieten. Er wiederholt, dass die Gründung einer Genossenschaft im Vordergrund stehe, um die Areale der Spekulation zu entziehen. Das Stockwerkeigentum als Eigentumsform sei für Alterswohnungen ungeeignet.

Antrag Stadtrat:

Für die Projektentwicklung «Wohnen im Alter» sei für die Durchführung eines Projektwettbewerbs im selektiven Verfahren ein Verpflichtungskredit in der Höhe von brutto CHF 235'000.– zu genehmigen.

Abstimmung:

Der Antrag wird mit Ja 49 zu 42 Nein Stimmen angenommen.

5. Verpflichtungskredit Friedhofskapelle; CHF 685'000.-

Stadtrat Kuno Schumacher erläutert das Traktandum gemäss der Vorlage. Er erklärt, dass die Instandsetzung der Friedhofskapelle dringend notwendig sei, da sie seit 30 Jahren nicht genutzt werden kann und in einem sehr schlechten Zustand ist. Die Kapelle hat einen hohen kulturellen Wert, ist im ISOS erwähnt und wird im neusten Band der Kunstdenkmäler der Schweiz ausführlich gewürdigt. Eine Unterschutzstellung, um den kantonalen Beitrag zu erhalten, wird angestrebt.

Diskussion:

Raphael Haefeli meint, dass er als Privatperson und Kirchengänger bei diesem Thema zwischen zwei Meinungen hin- und hergerissen sei. Einerseits habe man das Geld für die Sanierung nicht, andererseits werfe der jetzige Zustand kein gutes Licht auf Klingnau. Er sei jedoch zum Schluss gekommen, dass die Sanierung notwendig sei und bittet daher darum, den Antrag anzunehmen.

Antrag:

Für die Instandsetzung der Friedhofskapelle sei ein Verpflichtungskredit für die Umsetzung der notwendigen baulichen Massnahmen in der Höhe von brutto CHF 685'000.- zu genehmigen.

Abstimmung:

Der Antrag wird mit grossem Mehr gegen vereinzelte Stimmen genehmigt.

6. Kreditabrechnung WC-Anlage St. Blasierhaus

Stadtrat Kuno Schumacher erläutert das Traktandum gemäss den Auflageakten. Der Kredit kann folgendermassen abgeschlossen werden:

Verpflichtungskredit	CHF 175'000.00
Bruttoanlagekosten	CHF 124'548.90
Kreditunterschreitung	CHF -50'451.10
Nettoinvestition	CHF 124'548.90

(Alle Beträge inkl. MwSt.)

Diskussion

Die Diskussion wird nicht gewünscht.

Antrag

Die Verpflichtungskreditabrechnung «Einbau öffentliche WC-Anlage St. Blasierhaus» sei zu genehmigen.

Abstimmung:

Der Antrag des Stadtrates wird mit grossem Mehr ohne Gegenstimmen angenommen.

7. Kreditabrechnung Tiefengrabenbach

Stadtrat Oliver Brun erläutert das Traktandum gemäss den Auflageakten. Der Kredit kann folgendermassen abgeschlossen werden:

Verpflichtungskredit	CHF 220'000.00
Bruttoanlagekosten	CHF 292'243.80
Kreditüberschreitung	CHF 72'243.80
Beitrag Kanton	CHF 99'070.00
Nettoinvestition	CHF 193'173.80

(Alle Beträge inkl. MwSt.)

Diskussion:

Die eingeräumte Diskussionsgelegenheit wird nicht beansprucht.

Antrag:

Die Kreditabrechnung «Sanierung Tiefengrabenbach» sei zu genehmigen.

Abstimmung:

Der Antrag des Stadtrates wird mit grossem Mehr ohne Gegenstimmen angenommen.

8. Verschiedenes

Raphael Haefeli informiert darüber, dass er nach acht Jahren im nächsten Jahr nicht mehr in der Finanzkommission mitarbeiten wird. Er erklärt, dass zudem drei von fünf Mitgliedern aufhören werden. Wenn jemand Interesse an der Mitarbeit in der Fiko hat, stehe er für Informationen gerne zur Verfügung.

Uwe Schewe ergänzt, dass das gleiche für den Stadtrat gelte, wo Kuno Schumacher zurücktritt. Er stehe Interessierten selbstverständlich für weiterführende Informationen ebenfalls gerne zur Verfügung.

Katrin Morf erklärt, Sie habe sich mit vielen Mitstreitenden für die Petition gegen lautes Feuerwerk eingesetzt. Man habe mit minimalem Aufwand über 1'000 Unterschriften gesammelt. Daraufhin habe sich auch der Behördenausschuss der Repol mit der Thematik beschäftigt. In Zurzach und Siglistorf wurde, auf Antrag der beiden Gemeinderäte, das Abrennen von lautem Feuerwerk auf dem Gemeindegebiet verboten. Der Stadtrat Klingnau habe sich bedauerlicherweise nicht zu einem Verbot durchringen können, obwohl man durch den Klingnauer Stausee, ein Vogelschutzgebiet mit internationaler Bedeutung, eine besondere Verantwortung für Tiere und Natur hätte. In praktisch allen Umfragen zeige sich, dass eine grosse Mehrheit der Bevölkerung dafür ist, sich auf leises Feuerwerk zu beschränken. Deshalb sei sie der Meinung, der Stadtrat müsse die Bevölkerung bei der Thematik miteinbeziehen, bevor er über lautes Feuerwerk entscheidet. Sie stelle daher einen Überweisungsantrag.

Überweisungsantrag:

Der Stadtrat wird beauftragt, eine schriftliche Umfrage in der Bevölkerung zum Thema «Verbot von lautem Feuerwerk» durchzuführen und an der nächsten Gemeindeversammlung über die Ergebnisse zu informieren.

Abstimmung:

Der Antrag wird mit 46 Ja-Stimmen gegen 44 Nein-Stimmen angenommen.

Schluss der Versammlung: 20:55 Uhr

Für getreues Protokoll testieren:

Uwe Schewe, Stadttammann:

Ueli Gantenbein, Stadtschreiber-Stv.:

RECHTSKRAFT

Nach unbenütztem Ablauf der Referendumsfrist sind sämtliche Beschlüsse der Einwohnergemeindeversammlung vom 12. Juni 2025 in Rechtskraft erwachsen.

Klingnau, 16. September 2025

STADTRAT KLINGNAU